

XI. Oeffentliches Sanitätswesen.

Zur Reform des Irrenwesens in Preussen.

Von Heinrich Laehr.

(Fortsetzung aus No. 35.)

Die Verschärfung der Aufnahmebedingungen für Privatanstalten vom 19. Januar 1888 dürfte den Physikern zuweilen ein Danaergeschenk geworden sein. Ueber die auffallenden Formen geistiger Störung pflegt auch der Laie nicht unklar zu sein, aber es giebt auch Formen, welche festzustellen schwierig ist oder längerer Beobachtung bedarf. Dem gewissenhaften Physiker, der rasch sich entscheiden soll, wird das Amt unter Umständen schwer gemacht, da er ja erst dann hinzugerufen wird, wenn der Hausarzt, weil er die Kranken und deren Verhältnisse näher kennt, die Aufnahme in eine Anstalt schon für nothwendig hält. Mir sind hierfür zwei Fälle lehrreich gewesen.

Bei einer Schneidersfrau in Berlin wohnte seit einem Jahre ein Jurist, dessen Examenzeit nahe war. Er erschien zwar immer eigenthümlich, wenig gesprächig, in der letzten Zeit unzufrieden, herrischer. Ihr ward bange, und nach einer erregten Zeit seinerseits erschien er ihr unheimlich. In den Zeitungen hatte sie oft genug vom Ausbruch plötzlichen Irrsinns gelesen. Sie befürchtete einen Ueberfall von seiner Seite, lief angsterfüllt zum Polizeicommissar und bat um Hülfe. Dieser liess den jungen Mann vorladen, ohne Gründe anzugeben. Letzterer ging nicht hin. Nun erschienen drei kräftige Männer in Uniform, denen er nunmehr willig folgte. Er musste auf dem Bureau eine Zeit lang warten, dann kam ein Physikus, sprach mit ihm, stellte ein Zeugniß aus, und nun fuhr man nach der Charité. Inzwischen hatte die Schneidersfrau zu den fernen Eltern telegraphirt, der Sohn sei schwer erkrankt, sie möchten kommen. Die Eltern kamen am andern Morgen, eilten nach der Charité, fanden den Sohn ihrer Angabe nach wie früher, und da sie ihn mitzunehmen beantragten, ward dies nicht verweigert. Alle drei kamen zu mir und theilten mir mit, dass in den nächsten acht Tagen der Termin zum Examen sei. Der junge Mann machte den Eindruck der Schüchternheit, was nach der Angabe der Eltern immer gewesen sei, konnte den mit ihm Sprechenden nicht ansehen, beantwortete einfache Fragen richtig, bejahte ruhig die Frage, ob er glaube, das Examen machen zu können. Auch beim Abiturientenexamen, das er gut bestanden, habe er sich ähnlich verhalten. Da eine Verzögerung den Eltern unannehmbar schien, so gab ich den Rath, dass wenigstens die Mutter während der Zwischenzeit

hier bleibe, der Sohn mich mehrmals besuche. Wenn es nöthig schiene, würde ich eingreifen. Bei diesen Besuchen war er willig, nicht unfreundlich, nur sichtbar zurückhaltend. Glücklicherweise bestand er das Examen, und nun empfahl ich eine Erholungszeit. Jetzt berichtete die Mutter, dass der Sohn in den nächsten Tagen sich zum Militär stellen müsse. Dazu konnte ich leichteren Herzens beistimmen, da dieser Dienst nur günstig einzuwirken vermochte und er unter ärztlicher Aufsicht stand, nur machte ich es zur Pflicht, dass bei der ärztlichen Untersuchung das vorherige Ereigniss nicht verschwiegen werde. Er kam frei vom Militär.

Jeder hatte hierbei seine Pflicht gethan, jeder seinem Nachfolger die Verantwortlichkeit auferlegt. Zeitungsangriffe, Romane, eigenartige Gerichtsverhandlungen etc. haben zur Zeit viele ängstlich gemacht. Jener junge Mann kam mir aus dem Gesicht, doch hörte ich später, dass er nach einiger Zeit einer Heilanstalt bedurft hat. Man ist berechtigt, anzunehmen, dass, wie es bei Paranoia häufig ist, er seine kranken Ideen, vielleicht Hallucinationen, mir zu verbergen wusste, während seine Intelligenz im allgemeinen ungetrübt war. Die Umstände geboten, durch tiefer eingehende Fragen ihn nicht aufzuregen, um augenblicklich nicht mehr Unheil anzurichten. Bei einem gerichtlichen Termin hätte ich mich anders verhalten.

In einem zweiten Falle glaubte ein Hausarzt, seine Patientin einer Heilanstalt anvertrauen zu müssen, weil sie in einem früheren ähnlichen Anfall Aergerniss verursacht hatte. Die Anstalt forderte ein Physikatsattest. Der Physikus glaubte nach seiner Untersuchung, bei welcher die Patientin ihre kranken Ideen verhehlte, dies zunächst verweigern zu müssen, stellte aber in Aussicht, dass die Kranke in einigen Tagen sich so verändert haben werde, dass er mit gutem Gewissen das Attest ausstellen könne. So geschah es auch. Hallucinationen nicht unbedenklicher Art kamen zum Vorschein.

In beiden Fällen wäre eine Jury ehrenwerther Laien nicht am Platze gewesen und hätte noch weniger zu einem baldigen Resultate führen können. Auch der Vorschlag, dass in der Noth eine vorläufige Aufnahme zulässig sei, und jene Jury dann in der Heilanstalt ihre Functionen ausübe, giebt gleich bedenkliche Resultate. In diesem meist acuten Stadium soll der Kranke sich möglichst bald in der Heilanstalt beruhigen und Vertrauen zur Umgebung gewinnen. Wie wird dies aber erschwert, wenn der Kranke wahrnimmt, dass sein nunmehriger Arzt und Beschützer ihn nicht einmal vor solchen Eingriffen zu beschützen vermag.

Ebenso hat der Begriff der Gemeingefährlichkeit nicht wenig zur Verwirrung beigetragen. Er ist nicht festzustellen und ist weniger für den Arzt als für die Sicherheitsbehörde wichtig. Mancher behauptet, dass hier erst einzugreifen sei, wenn ein Kranker durch eine That die Bedenken gehoben habe. Andere sagen, dies heisse den Brunnen erst dann zudecken, wenn jemand hineingefallen sei, während die Sicherheitsbehörde doch sonst in ähnlichen Fällen vorher eingreift. Eine Oberpräsidialverfügung in Schlesien vom 18. März 1833 und der Inhalt des Reglements für die Irrenanstalten dieser Provinz vom 2. December 1876 präcisirt den Begriff der Gemeingefährlichkeit dahin, dass 1) tobsüchtige Anfälle, 2) hoher Grad von Unreinlichkeit, 3) Neigung zum Selbstmorde, 4) Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit als gleichbedeutend mit Gemeingefährlichkeit anzusehen seien. Durch die Ministerialverfügung vom Jahre 1888 wird nun die Zulässigkeit der Aufnahme in eine Privatanstalt in gewöhnlichen Fällen von einem Physikatsattest abhängig gemacht, während zur vorläufigen Aufnahme das Attest jedes Arztes genüge, wenn die Nothaufnahme, also wohl Gemeingefährlichkeit, bezeugt ist. Dies zu thun, ehe der Kranke durch eine That den Nachweis gegeben hat, macht Kopferbrechen und ist vom Standpunkte des Arztes abhängig. Es darf unter diesen Umständen nicht wundern, wenn der Arzt, um durch Anstaltsbehandlung dem Kranken Hülfe und den Angehörigen Ruhe zu verschaffen, den dehnbaren Begriff der Gemeingefährlichkeit mit geringerer Vorsicht, als zeitgemäss wäre, attestirt. Dabei bleibt es den Organen der Polizei noch überlassen, sie anzuerkennen. Das Vertrauen zu den Aerzten, nicht bloß zu den Irrenärzten, welche ja vorläufig noch unbetheiligt sind, wird nicht dadurch gestärkt.

Für den Anstaltsarzt ist die ärztliche Behandlung des Kranken Hauptsache, die Frage der Gemeingefährlichkeit für ihn nur insoweit von Belang, als er danach die Aufsichtsmaassregeln bemisst. Kranke, welche sich gegen die Aufnahme sträuben, würde er am liebsten ablehnen, die Pflicht verbietet dies jedoch, doch scheint sein Wunsch gerechtfertigt, dass nicht der kleinen Minderzahl wegen die bei weitem grössere Mehrzahl durch solche Verordnungen in der Aufnahme gehindert werde.

Wir kommen nun zur Frage der Entmündigung, für welche eine Commission ehrenwerther Laien, wie der „Aufruf“ will, allein zuständig sein soll. Für durch auffallende Symptome gekennzeichnete Fälle mag dies genügen, obgleich auch sie zur Begründung und gesetzlichen Fassung der Aerzte und Richter kaum entbehren können. Die Formen aber, in welchen nicht alle geistigen Qualitäten verändert sind, bieten oft auch dem Sachverständigen die

grössten Schwierigkeiten dar. Davon zeugt die Verschiedenheit der ärztlichen Urtheile, freilich schon deshalb, weil die Aerzte nicht gleichwerthig in der Kenntniss dieser Disciplin sind. Zwar ordnet eine Verfügung vom 10. März 1887 an, dass zu Experten möglichst solche Aerzte genommen werden, welche diesen Zweig der Medicin zu ihrem Berufe gemacht haben, und die Praxis wird es mit sich bringen, dass die Physiker, vertrauter durch die Praxis und ihr Examen mit diesem Gegenstande, mehr herangezogen werden als die anderen Aerzte, aber dem Richter ist es überlassen, hierüber zu verfügen, und auch auf ihn üben die Verhältnisse zuweilen eine zwingende Gewalt aus.

In der Entmündigung kommt der Arzt nur als technischer Beirath in Frage, der Richter ist nicht an dessen Urtheil gebunden. Wie die Aerzte, so sind auch die Richter oft nicht gleicher Ansicht, je nach ihrer Erfahrung und Kenntniss von der Sache. Es kam im vorigen Jahre vor, dass sieben Aerzte einstimmig constatirten, es sei jemand geisteskrank, und das Amtsgericht richtete sich danach. Die höhere Instanz entschied, es sei möglich, dass der Betreffende geisteskrank sei, aber, wenn er es auch sei, so sei er doch nicht so krank, dass er deshalb entmündigt werden müsste. Die Entmündigung ward aufgehoben. Dass die Geisteskrankheit an sich zum Ruin der Familie und des Vermögens mitwirken könne, ohne dass der Kranke dafür verantwortlich ist, scheint nicht in Betracht gekommen zu sein.

Es verdient Erwägung, ob hier nicht manche Verbesserung geschaffen werden könnte. Von Seiten der Regierung ist manches geschehen, um psychiatrische Kenntnisse zu verbreiten. Fast auf den meisten deutschen Universitäten sind psychiatrische Lehrstühle und Kliniken errichtet worden. Aber bei der jetzigen Ueberfülle von Stoff, welchen die jungen Mediciner sich aneignen müssen, werden sie nur zu denjenigen Studien geneigt sein, deren sie zum Examen bedürfen. Dazu gehört die Psychiatrie nicht. Auch der Staat hat bisher die Bedeutung derselben noch nicht im vollen Umfange anerkannt, er würde sie sonst gleichwerthig der inneren, äusseren und geburtshülflichen Klinik hingestellt haben. Man macht freilich dadurch die Aerzte nicht zu Irrenärzten, so wenig wie durch die chirurgische Klinik zu Operateuren, aber man gewährt ihnen geklärte Vorstellungen und befähigt sie, als Hausarzt die rechten Mittel zu ergreifen und erforderlichenfalls den Zeitpunkt richtig zu bestimmen, in welchem die häuslichen Mittel nicht mehr ausreichen, und die ärztliche Behandlung in einem Krankenhause nur Erfolg verspricht, nicht anders, wie bei Krankheiten anderer Organe. Ich habe mich des Näheren in dieser Wochenschrift 1892, No. 36, ausgesprochen.

Aber nicht bloß das medicinische Studium, sondern auch das juristische bedarf nach dieser Richtung der Läuterung. Es giebt vortreffliche Richter, welche in ebenso humaner als sachverständiger Weise diese zuweilen peinlichen Termine der Entmündigung leiten. Aber nicht immer reicht das Sachverständniss des Richters aus, obgleich ihm die Entscheidung zufällt. Es entsteht dadurch eine Unsicherheit der Rechtsprechung, welche nicht selten auch auf die Wirksamkeit des Arztes ihre Schatten wirft. Ob es sich empfiehlt, wie früher die Entscheidung statt dem Amtsgerichte dem Landgerichte zu überweisen, mögen kompetentere Federn entscheiden. Aber soviel scheint klar zu liegen, dass auch in dem Studiengange der Juristen unsere Disciplin eine höhere Verwerthung finden müsse, möge nun dieser klinisch zu haltende Unterricht allein oder mit den Medicinern gemeinsam durchgeführt werden.

(Schluss folgt.)